

Pressemitteilung

SPD und Bündnisgrüne rufen für Samstag zur Solidaritätskundgebung in Connewitz auf

Leipzig, 13. Januar 2026

SPD Leipzig und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig rufen gemeinsam zur Solidaritätskundgebung „Leipzig gegen jeden Antisemitismus“ der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Leipzig am Samstag, 17. Januar 2026, ab 12:00 Uhr an der Paul-Gerhardt-Kirche in Connewitz (Selneckerstraße 3) auf.

Martin Meißner, Co-Vorstandssprecher des Kreisverbands Bündnis 90/Die Grünen Leipzig, erklärt:

„Connewitz ist ein Ort, an dem Menschen Verantwortung übernehmen – für Nachbarschaft, Kultur, Menschenrechte. Wer diese Räume angreift, greift ein Fundament unserer offenen Stadt an.“

Dr. Benjamin Schulz, Co-Vorsitzender der SPD Leipzig, ergänzt:

„Jüdisches Leben und jüdische Perspektiven sind elementare Bestandteile von Leipzig. Wir stehen gegen jeden Antisemitismus, Einschüchterungsversuche, autoritäre Fantasien und an der Seite all derer, die unsere Stadt demokratisch halten. Diese Solidarität ist die Pflicht aller Demokratinnen und Demokraten. Nur so bleibt Leipzig vielfältig und lebenswert.“

Wer an der Kundgebung teilnehmen möchte, akzeptiert den Konsens gegen Gewalt: SPD und Grüne lehnen jede Form von Bedrohung, Einschüchterung und Übergriffen ab – unabhängig davon, von wem sie ausgehen. Politische Auseinandersetzungen müssen gewaltfrei bleiben.

Der Aufruf zur Solidaritätskundgebung und für eine gewaltfreie politische Auseinandersetzung wird auch von den Abgeordneten Anna Cavazzini, MdEP (BGR), Matthias Ecke, MdEP (SPD), Gerald Eisenblätter, MdL (SPD), Claudia Maicher, MdL (BGR), Holger Mann, MdB (SPD), Christin Melcher, MdL (BGR), Dirk Panter, MdL (SPD) und Paula Piechotta, MdB (BGR) unterstützt.

Hintergrund:

Leipzig-Connewitz steht wie kaum ein anderer Stadtteil für Solidarität, Vielfalt und Weltoffenheit sowie eine aktive Zivilgesellschaft. Hier wurden Räume geschaffen, in denen viele unterschiedliche Initiativen, Vereine und Einzelpersonen tagtäglich wichtige Arbeit für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte leisten. Die progressiven und linken Strukturen sind zunehmend Ziel von Angriffen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, demokratische Räume geraten zunehmend unter Druck. Diese Angriffe sollen am 17. Januar 2026 ihren vorerst traurigen Höhepunkt finden: Antisemitische und autoritäre Gruppen rufen zu Protesten gegen das Abgeordnetenbüro von Juliane Nagel, MdL und das Kulturzentrum Conne Island auf. In zeitlicher Nähe zum zehnten Jahrestag rechtsextremer Angriffe in Connewitz ist das ein alarmierendes Signal: Es geht nicht um einzelne Personen oder Orte, es geht um unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft insgesamt und um den Respekt vor demokratischem Engagement.